

1472% mehr Vergewaltigungen - jetzt spricht eine Schwedin!

Nach der abartigen Gruppenvergewaltigung in Schweden, wo drei Migranten eine Frau mißbrauchten und das Verbrechen live auf Facebook übertrugen, wird der „Wochenblick“ in seiner am 2. Februar erscheinenden Ausgabe Schweden genauer unter die Lupe nehmen.

Wie konnte aus dem früheren Vorzeige-Staat Schweden das „Vergewaltigungs-Mekka“ der Gegenwart werden? Kommen die Entwicklungen zeitverzögert auch zu uns?

Zu diesem Zweck hat „Wochenblick“-Redakteur Philipp Fehrerberger ein ausführliches Gespräch mit der Linzer Gemeinderätin Mia Åkerblom geführt. Als Schwedin kennt sie die Lage vor Ort genau und berichtet über die Entwicklung des Landes in den letzten Jahrzehnten und persönliche Erlebnisse in ihrer Jugend. Sie nimmt außerdem ausführlich Stellung zu Integration und der zukünftigen Entwicklung in Europa.

Das renommierte Gatestone-Institut stellt dazu sogar fest: „40 Jahre nachdem das schwedische Parlament einstimmig beschloß, das vormals homogene Schweden in ein multikulturelles Land umzuwandeln, haben Gewaltverbrechen um 300 Prozent und Vergewaltigungen um 1472 Prozent zugenommen.“

Freispruch bei Vergewaltigungsprozess: Opfer konnte Widerstand nicht nachweisen

Am 26. April 2017 soll ein 15-jähriges Mädchen in Tulln von zwei „Schutzsuchenden“ vergewaltigt worden sein. Der Afghane und der Somalier wurden nun am 27. März freigesprochen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Zwei Schöffen für, zwei gegen die Angeklagten

Zwei Schöffen hatten auf „schuldig“ plädiert, die anderen beiden aber auf „nicht schuldig“, weshalb der Richter „im Zweifel für die Angeklagten“ entscheiden mußte. Das Schöffengericht befand, daß die Aussagen des Opfers Widersprüche in Details sowie zum Gesamtgeschehen enthielten, sagte der Richter in der Urteilsbegründung. Obwohl bei der 15-Jährigen „eindeutige Verletzungsspuren diagnostiziert“ worden waren, wollten

die zwei Schöffen nicht ausschließen, daß der Sexualakt freiwillig erfolgte. Ein subjektives Erkennen der Angeklagten, daß sie einen Widerstand der 15-Jährigen zu überwinden hatten, habe demnach nicht nachgewiesen werden können, wie die Krone berichtet. Nach Angaben der beiden „Schutzsuchenden“ hatten sie gemeinsam mit der 15-Jährigen Marihuana geraucht und geredet, bevor es zum „einvernehmlichen Geschlechtsverkehr“ gekommen sei.

Botschaft an die Frauen: Pech gehabt

Nach den „gutgemeinten“ Empfehlungen, doch eine Armlänge Abstand zu halten oder „nachts generell in Begleitung unterwegs“ zu sein, erkennen unsere Frauen nun eine neue Botschaft: Wer nicht „nachweisen kann, daß der Vergewaltiger einen Widerstand zu überwinden hatte“, hat Pech gehabt. Solche Vergewaltiger werden von Gerichts wegen in Schutz genommen. Die angetane Gewalt fällt unter Kollateralschaden des gewünschten Umbaus des Landes.

Kein Wunder, daß sich mutige Frauen zusammenschließen und bei einer Demonstration am 14. April in Wien dagegen protestieren, daß sie durch die Einwanderung zu „Objekten“ degradiert werden, mit denen man machen kann, was man will.

Beide Asylanten enthaftet

Die beiden Angeklagten wurden sofort nach Urteilsverkündung enthaftet. Die Staatsanwaltschaft meldete Nichtigkeitsbeschwerde an, weshalb die Urteile nicht rechtskräftig sind.

ZITAT

Jeder hat gewisse angeborene konkrete Grundsätze, die ihm in Blut und Saft stecken, in dem sie das Resultat alles seines Denkens, Fühlens und Wollens sind. Er wird erst beim Rückblick auf sein Leben gewahr, daß er von ihnen wie von einem unsichtbaren Faden ist gezogen worden. Je nachdem sie sind, leiten sie ihn zu Glück oder Unglück.

Arthur Schopenhauer, 1788-1860

Causa BVT: SPÖ kann keinen korrekten Antrag formulieren – Parlament lehnt ab

Der von der SPÖ eingebrachte Antrag für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Causa BVT wurde am 22. März im Geschäftsordnungsausschuß des Nationalrats abgelehnt. Im Antrag fehlte nicht nur die genaue Bezeichnung des Untersuchungsgegenstandes, sondern er betraf auch nicht einen „bestimmten, abgeschlossenen Vorgang im Bereich der Vollziehung des Bundes“, weshalb der Antrag aus Formalgründen abgewiesen werden musste.

Nicht rechtskonforme Antragsformulierung

Daß ausgerechnet die SPÖ, die auf der Klaviatur der Geschäftsordnungen meisterlich zu spielen pflegte, wenn es um das Verhindern von Bürgeranliegen und Oppositionsanträgen ging, selbst nicht in der Lage ist, einen korrekten Antrag zu formulieren, zeigt einmal mehr den Zustand der Sozialdemokratie unter Christian Kern.

Vor dem Hintergrund der Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse bezweifelt der „wissenschaftliche Dienst“ des Parlaments in seiner Antragsbegutachtung, daß die beiden Bedingungen „bestimmt“ und „abgeschlossen“ beim SPÖ-Antrag gegeben seien. Denn die SPÖ will „in allgemeiner Weise“ die politische Verantwortung „allfälliger“ Mißstände im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) zwischen 16. Dezember 2013 und 13. März 2018 untersuchen.

Daß sich ein Antrag auf einen bestimmten, abgeschlossenen Vorgang im Bereich der Vollziehung des Bundes bezieht, ist zwingende Voraussetzung für die positive Abwicklung eines Untersuchungsausschußes. Ohne diese Bindung wäre es schließlich möglich, das Parlament mit Untersuchungsausschüssen zu Allerweltsthemen zu lähmen.

SPÖ konstruiert Verschwörungstheorie

Doch anstatt in sich zu gehen und den Antrag auf den BVT-Untersuchungsausschuß zu verbessern, konstruiert SPÖ-Klubchef Andreas Schieder eine Verschwörungstheorie: Die Regierung sei nervös geworden, da „an der BVT-Affäre offensichtlich viel mehr dran ist, als bisher bekannt ist.“

Schieder unterstellt seinem ehemaligen Koalitionskollegen Wolfgang Sobotka eine mißbräuchliche Antragsverhinderung, da dieser die Prüfung des Antrags in Auftrag gegeben hatte. Sobotka mißbrauche seine Macht, um zu vertuschen, was wirklich passiert ist, meinte Schieder.

Er kündigt dann sogar den Gang zum Verfassungsgerichtshof an – wo es doch viel einfacher wäre, wenn er einfach einen korrekten Antrag einbrächte.

Untersuchungsausschuss könnte unangenehme Wahrheiten für die SPÖ zutage bringen

Dabei wäre ein Untersuchungsausschuß sicherlich hilfreich, um die Vorwürfe des Amtsmißbrauchs gegen mehrere BVT-Beamte zu prüfen. Immerhin geht es um bilaterales Konfliktpotenzial mit einer Atommacht, aber auch um wiederholte Amtsbeugung durch leitende Beamte, verschwundene Ermittlungsakten, illegale Ermittlungshandlungen, veruntreute Steuergelder, dubiose Auftragsvergaben, Postenschacher, Korruption, ausschweifende Privatpartys, Datenvergehen und sexuelle Übergriffe, die anlässlich einer anonymen Anzeige im Raum schweben. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Daß der Untersuchungsausschuß zum Bumerang für die SPÖ werden könnte, sieht Schieder in seinem Eifer nicht, denn die Mandanten des SPÖ-nahen Anwalts Gabriel Lansky werden nicht gerade glücklich über dieses Ausschußbegehren sein.

45 Flüchtlinge im Stadtgebiet von Oberwart aufgegriffen

Die Polizei bestätigte eine entsprechende Aussendung von Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ). Die Frauen, Kinder und Männer aus dem Iran, Irak, Syrien und Somalia seien in die Informhalle gebracht worden, so die Landespolizeidirektion.

Dort erfolge die Erstversorgung und Registrierung der Personen. Weitere Details gebe es vorerst nicht, da noch kriminalpolizeiliche Ermittlungen in Richtung Schlepperei laufen würden. Tschürtz sprach sich angesichts des Vorfalles für die Aufrechterhaltung der nationalen Grenzkontrollen aus. „Der heutige Fall ist der beste Beweis, wie notwendig die Kontrollen sind“, meinte der Landesvize. Solange der Schutz an der Schengen-Außengrenze nicht gegeben sei, müsse Österreich selbst kontrollieren.

Zum jetzigen Zeitpunkt befinden sich in der Oberwarter Messehalle keine Flüchtlinge mehr, sie wurden mittlerweile nach Heiligenkreuz und Eisenstadt gebracht.

Europa ist viel mehr als „Brüssel“

Die alte, ehrbare Stadt Brüssel ist zum Symbol der alles verschlingenden Krake „Europäische Union“ verkommen. „Brüssel“ steht stellvertretend für ein bürokratisches, die Völker Europas gleichmachendes System.

Trotz allem ist den meisten Bundesbürgern Brüssel vertrauter und emotional näher als das ehemalige kulturelle und wirtschaftliche Zentrum Ostpreußens, Königsberg.

Dies ist nicht verwunderlich, wenn man sich vor Augen führt, daß für die westalliiert-umerzogene Nachkriegsgeneration alles östlich der Oder-Neiße-Linie Feindesland war. Das Bewußtsein, daß es sich hier um viele Jahrhunderte altes deutsches Siedlungsgebiet handelt, fehlt heute völlig.

Bereits 1255 wurde vom Deutschen Orden die erste Ordensburg errichtet. Wenige Jahrzehnte später wurde Königsberg Mitglied der Hanse. Die Stadt war über Jahrhunderte die geistige Mitte Preußens. Ihr wohl berühmtester Sohn, Immanuel Kant, machte die Königsberger Universität zu einem Zentrum der Philosophie. Sein Werk „Kritik der reinen Vernunft“ gilt als der Beginn der modernen Philosophie. Er war wohl der wichtigste Denker der deutschen Aufklärung.

Das Königsberger Schloß und der Dom waren Wahrzeichen der Stadt, bevor sie Ende August 1944 in zwei Nachtangriffen durch die Brandbomben der britischen Royal Air Force zerstört wurden. Die Altstadt und die fast komplette Bebauung Königsbergs, die durch die Luftangriffe nicht schon zerstört waren, wurden bei der Schlacht um Königsberg im April 1945 vollends dem Erdboden gleichgemacht.

Die Umbenennung von Königsberg in Kaliningrad durch die sowjetischen Besatzer trug dazu bei, daß die überragende Bedeutung dieser Stadt für die deutsche Geschichte immer mehr aus dem Bewußtsein der meisten Deutschen verschwand. Dazu trug auch die komplette Abschottung des gesamten Gebietes rund um Kaliningrad durch Moskau bei.

Erst mit Beginn der Perestroika Mitte der 80er Jahre öffnete sich die Stadt auch wieder für Besucher aus dem Westen. Der sichtbare Wandel im Denken und Handeln der Russen manifestierte sich in der Restauration des Königsberger Doms in den Jahren 1992 bis 1998. Heute ist der Dom wieder Wahrzeichen der Stadt, während das Schloß nach seiner vollständigen Zerstörung nicht wieder aufgebaut wurde.

Noch wichtiger als die sichtbare Restaurierung dieser geschichtsträchtigen deutschen Stadt ist die Hinwendung der russischen Politik und vor allem der Bevölkerung zu den Wurzeln und der Geschichte Königsbergs.

Für uns endet Europa nicht an willkürlich durch Gewalt erzwungene Grenzen, für uns wird ein geeintes, friedliches Europa erst Wirklichkeit, wenn in „Brüssel“, vor allem aber in Berlin, erkannt wird, daß auch Rußland Bestandteil einer wirklich starken, europäischen Gemeinschaft werden muß. Die Geschichte verpflichtet uns dazu!

Identitäre Aktivisten wegen Aktion im Audimax in allen Punkten freigesprochen

Im April 2016 stürten mehrere Aktivisten der Identitären Bewegung eine Aufführung des Theaterstücks „Die Schutzbefohlenen“ im Audimax der Universität Wien. Sie protestierten mit dem Aktionismus gegen die unkontrollierte Masseneinwanderung seit 2015. Autorin des Stücks ist die weit links stehende Elfriede Jelinek, mehrere Darsteller ihres Theaterstücks waren selbst illegale Einwanderer.

Nicht Aktivisten waren gewalttätig, sondern Personen im Publikum

Die Störaktion verlief völlig friedlich. Die Aktivisten betraten die Bühne und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift „Heuchler“, das sie mit roter Lebensmittelfarbe bespritzten. Die Farbe sollte das Blut der Opfer von Bataclan symbolisieren, die durch einen islamischen Terrorakt zu Tode kamen. Dazu wurden ein paar Worte mit einem Megafon gerufen.

Mehrere Personen aus dem Publikum versuchten gewaltsam, die Bühne zu stürmen. Dabei wurden sie von Aktivisten friedlich gehindert, indem sie sich ihnen in den Weg stellten. Die Aktivisten verließen das Audimax nach wenigen Minuten.

Alle Aktivisten freigesprochen

17 Aktivisten wurden wegen „Störung einer Versammlung“ angeklagt. Zwei von ihnen, Julian U. und Martin Sellner, wurden zusätzlich wegen Körperverletzung angeklagt. Das Gericht sprach am 15. März, dem zweiten Prozesstag, sämtliche Aktivisten in allen Punkten frei.

Zeugen verwickeln sich in Widersprüche

Die Anklage wegen „Störung einer Versammlung“ war haltlos, da eine Theateraufführung keine Versammlung im Sinne des Gesetzes ist. Die angeblichen Körperverletzungen konnten nicht bewiesen werden. Vielmehr verwickelten sich die angeblichen Opfer sowie die Zeugen in Widersprüche.

Russland-Strafmaßnahmen: Österreich läßt sich nicht vor EU/US-Karren spannen

Nachdem Sergej Skripal, ein in Russland begnadigter Doppelagent, und seine Tochter Julia bei einem Giftangriff in Großbritannien verletzt wurden, setzen amerikanische und europäische Politiker Strafmaßnahmen gegen Russland, dem sie den Anschlag unterstellen. Russland weist die Anschuldigungen strikt zurück.

Österreich entscheidet souverän und richtig

Österreich wird sich jedoch nicht an diesen Strafmaßnahmen in Form von Diplomatenausweisungen beteiligen. „Wir sind in der Bundesregierung gut abgestimmt und werden keine russischen Diplomaten ausweisen“, teilten Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Außenministerin Karin Kneissl (FPÖ) am 26. März mit. Die Regierung wolle mit Russland im Gespräch bleiben. Slowenien, die Slowakei und Portugal werden vielleicht Österreichs Schritt folgen.

Amerikas und Britanniens Vasallen

Neben Großbritannien werden die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, die Niederlande, Schweden, Tschechien, Polen, Lettland, Litauen, Estland, Dänemark, Finnland, Tschechien, Ungarn und Rumänien russische Botschaftsangehörige ausweisen. Die USA planen die Ausweisung von 60 Botschaftsangehörigen, was die größte Massenausweisung russischer bzw. sowjetischer Diplomaten in der Geschichte der Vereinigten Staaten darstellt. Kanada sowie die Ukraine, Albanien und Norwegen schließen sich der US-EU-Strafmaßnahme ebenfalls an.

Russland „schießt zurück“

„Es versteht sich von selbst, daß der unfreundliche Schritt der Ländergruppe nicht folgenlos bleiben wird“, hieß es in einer Stellungnahme des russischen Außenministeriums. Postwendend schickt Russland 60 US-Diplomaten nach Hause.

Die Eskalation der jüngsten Ausgrenzungspolitik der EU und USA gegen Russland schadet vor allem den mitteleuropäischen Staaten Bundesrepublik Deutschland und Österreich. Historisch und geopolitisch wäre ein gutes Einvernehmen mit dem großen Rohstofflieferanten im Osten für sie besonders wichtig. Wien erkennt dies, Berlin nicht.

Frauenbündnis Kandel will Opfern Namen und Gesicht geben

Das Frauenbündnis Kandel verkündete am 30. März eine gute Nachricht: Vivien K., ein Opfer von Merkels importierten Schwerverbrechern, ist aus dem Koma erwacht. Ein angeblich 17-jähriger illegaler Einwanderer aus Syrien hatte die 24-jährige am 24. März durch einen Bauchstich lebensgefährlich verletzt.

Familien der Opfer sind eingeladen, ihre Geschichte öffentlich zu machen

Das Frauenbündnis Kandel wurde gegründet, um die brutale Gewalt illegaler Einwanderer an Frauen und Kindern zu beenden. Daher lauten die Hauptforderungen des Bündnisses, die Grenzen zu schützen sowie alle illegalen Einwanderer abzuschieben.

Ein wichtiges Anliegen des Bündnisses ist es, auf die konkreten Opfer der offenen Grenzen aufmerksam zu machen, indem ihnen Namen und Gesichter gegeben werden. Auf seiner Facebook-Seite veröffentlichte das Bündnis daher eine Einladung an betroffene Familien, sich zu melden. Betroffene können ihre Geschichte auch selbst auf der Facebook-Seite des Frauenbündnisses veröffentlichen. Sie sind ebenfalls eingeladen, auf einer Veranstaltung des Frauenbündnisses zu sprechen.

Nächste Kundgebung am 14. April in Wien

Die nächste Veranstaltung im Namen des Frauenbündnisses Kandel wird am 14. April in Wien stattfinden. Auf dieser Kundgebung wird auch Myriam Kern, eine der Initiatoren des Frauenbündnisses, sprechen.

Lesen Sie auch *KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN*

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 264 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und
Freiheitsrechte aller Völker ein. * Erscheinungsort: Wien *